

ELiS_e

[e'li:zə]

<Essener Linguistische Skripte – elektronisch>

**Resolution zur PISA-Studie
und dem bildungspolitischen Umgang
mit ihren Ergebnissen**

elise@uni-essen.de
<http://www.elise.uni-essen.de>

Resolution zur PISA-Studie und dem bildungspolitischen Umgang mit ihren Ergebnissen

In der öffentlichen Diskussion als Reaktion auf PISA wird oft der Eindruck geweckt, dass das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich ursächlich mit dem hohen Anteil an Migrantenkinder in den Schulen in Deutschland zusammenhänge. Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund werden in der Diskussion nicht als selbstverständlicher Teil der Gesamtschülerschaft, sondern als „Störfaktor“ der schulischen Normalität behandelt. Faktisch aber lassen die PISA-Ergebnisse diese Interpretation keineswegs zu.

Die PISA-Studie hat allerdings gezeigt, dass soziale Randständigkeit in der Schule nicht überwunden werden konnte. Dies betrifft immer noch in erheblichem Maße Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund.

In dem am 05./06. Dezember 2001 in ihrer 296. Plenarsitzung vorgelegten „Maßnahmenkatalog“ der KMK zur Verbesserung der schulischen Bildung in Deutschland entsteht der Eindruck, als ob mit speziellen Fördermaßnahmen für einzelne Schülergruppen wichtige bildungspolitische Probleme Deutschlands gelöst werden könnten. In der Konsequenz der PISA-Ergebnisse werden als Kernthemen insbesondere eine frühe Vermittlung fundierter Deutschkenntnisse, der Ausbau von Förderprogrammen für Migrantenkinder und eine Betonung der Sprachstandsdiagnostik herausgestellt.

Wir begrüßen, dass die KMK dem Problem der Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehr Aufmerksamkeit zuwendet. Wir unterstützen insbesondere, dass dabei die große Bedeutung des bislang vernachlässigten vorschulischen Bereichs ins Blickfeld kommt. Bei den anstehenden Reformanstrengungen sollten jedoch vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse über die Bildungsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Lernmöglichkeiten – Erschwernisse und Chancen – in sprachlich und kulturell heterogenen Situationen berücksichtigt werden. Dies bedeutet konkret: Sprachliche Bildung und Erziehung muss sich orientieren an den besonderen Zugangsweisen zur Sprachaneignung

und zum Lernen, die Kinder je nach Lebensalter haben. Und es ist notwendig, dass bei zwei- oder mehrsprachig aufwachsenden Kindern auf ihre spezifischen Spracherfahrungen Rücksicht genommen wird. Zwei- oder mehrsprachiges Aufwachsen führt zu einem Sprachbesitz, der sich deutlich von dem einsprachig aufwachsender Kinder unterscheidet. Die Forschung belegt, dass es der Förderung des gesamten Sprachbesitzes bedarf, damit eine positive weitere Sprachentwicklung zustande kommt. Die Entwicklung von sprachdiagnostischen Verfahren, mit denen pädagogische Fachkräfte die Sprachentwicklung zwei- oder mehrsprachig aufwachsender Kinder beobachten können, ist dabei überaus sinnvoll; sie können helfen, die Lernfortschritte der Kinder und den Erfolg der Förderung oder des Unterrichts zu evaluieren. Bislang vorliegende Verfahren erfüllen diese Zwecke allerdings nicht, einmalige Sprachtests bei der Einschulung schon gar nicht.

Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund sind notwendig. Sie sind aber abzulehnen als „Sonder- und Randmaßnahmen“. Statt dessen sollten sie integraler Bestandteil von Schule und Unterricht sein. Der von PISA dokumentierte Missstand in der Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern mit anderen Familiensprachen als Deutsch weist die seit den 1970er Jahren bestehenden Fördermaßnahmen im Bereich Deutsch-als-Zweitsprache als weitgehend erfolglos aus. Es wurde bislang keine schlüssige Konzeption für den Deutsch-als-Zweitsprache-Unterricht bzw. das Deutschlernen in mehrsprachigen Klassen als prinzipielles Aufgabengebiet von Schule und Unterricht entwickelt, das – wie dies nötig wäre – auch im Unterricht aller Fächer Berücksichtigung fände.

So ist die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund nicht mit isolierten und zeitlichen befristeten Sondermaßnahmen zu lösen. Dies kann schon deshalb nicht gelingen, weil alle Anzeichen dafür sprechen, dass die Familien mit Migrationshintergrund ihre Herkunfts- und Familiensprachen auf Dauer erhalten – und dies steht nicht in Widerspruch zu der Bedeutung, die das Deutsche für sie hat.

Weder in der PISA-Studie noch in den Reaktionen darauf wird auf die Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern als Teil ihrer interkulturellen Handlungsfähigkeit eingegangen. Sprachkenntnisse werden ausschließlich als Deutsch-Kenntnisse betrachtet. Es fehlt die Erweiterung des Blicks auf die Ressourcen, die mit Mehrsprachigkeit für die multikulturelle deutsche Gesellschaft verbunden sind – man denke nur an die bildungspolitischen Bekenntnisse zur Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa. Und es bleiben sämtliche Forschungsergebnisse unberücksichtigt, die auf die Notwendigkeit einer schulischen Bildung in den Herkunfts- und Familiensprachen weisen, da dies die Chancen auf guten Schulerfolg zweisprachiger Kinder beträchtlich verbessert.

Die PISA-Befunde lassen erkennen, dass es in der Lehrer- und Erzieherausbildung, der Curriculumentwicklung und der Praxis des Unterrichts (insbesondere im Deutschunterricht) beträchtlichen Nachholbedarf gibt, das Lehren und Lernen in mehrsprachigen Lerngruppen so erfolgreich wie möglich für alle Beteiligten zu gestalten. Angesichts des Faktums, dass etwa ein Drittel der deutschen Schülerschaft einen Migrationshintergrund

besitzt, ist sprachlich-kulturelle Pluralität kein Ausnahmefall, sondern die Regel in der deutschen Schule. Deutsch als Zweitsprache, Interkulturelle Bildung, Wissen über Mehrsprachigkeit und die Sprachen der Menschen mit Migrationshintergrund müssen zum Kernbestand der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern werden; sie müssen in der vorschulischen und schulischen Praxis umgesetzt werden.

Essen, den 13. Mai 2002.

Vorgelegt vom

Institut für Migrationsforschung, Interkulturelle Pädagogik
und Zweitsprachendidaktik (IMAZ)
Universität Essen
Fachbereiche 1-3
Universitätsstr. 11
45117 Essen

Unterstützt wird diese Resolution von folgenden Personen und Instituten:

Herr Prof. Dr. Georg Auernheimer
Universität zu Köln
Erziehungswissenschaftliche Fakultät
Seminar für Pädagogik, Abt. Allgemeine Pädagogik
Albertus-Magnus-Platz
40923 Köln

Herr Prof. Dr. Klaus J. Bade
Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück

Herr Prof. Dr. Klaus F. Geiger
Universität Kassel
Fachbereich 5
Gesellschaftswissenschaften
Nora-Platiel-Str. 1
34127 Kassel

Frau Prof. Dr. Ingrid Gogolin u. Herr Prof. Dr. Hans-Joachim Roth
Universität Hamburg
Fachbereich Erziehungswissenschaft
Institut für international und interkulturell
Vergleichende Erziehungswissenschaft
Von-Melle-Park 8
20146 Hamburg

Herr Prof. Dr. Alfred Holzbrecher
Pädagogische Hochschule Freiburg
Institut für Erziehungswissenschaft I
Kunzenweg 21
79119 Freiburg

Institut für Bildung und Kommunikation
in Migrationsprozessen (IBKM)
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Ammerländer Herrstr. 114-118
26129 Oldenburg

Frau Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz
Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik
Universität Münster
Corrensstr. 24
48149 Münster

Herr Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort
Universität Bremen
Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften
Studiengang Deutsch als Zweit- und Fremdsprache
Bibliothekstraße
28359 Bremen

Herr Prof. Dr. Dieter Oberndörfer
Arnold-Bergsträsser-Institut
Windastr. 16
79110 Freiburg i. Br.

Herr Prof. Dr. Hans H. Reich
Universität Koblenz-Landau
Abteilung Landau
Studienbereich Deutsch als Fremdsprache
Marktstr. 46
76829 Landau/Pfalz